

## Haushalt der Stadt Gelnhausen 2008

Der Haushalt der Stadt Gelnhausen (Kreisstadt des Main-Kinzig-Kreises, 23.000 Einwohner) beläuft sich im Haushaltsjahr 2008 auf ca. 39 Millionen Euro bei den Ausgaben und 36,8 Millionen Euro bei den Einnahmen. Die gesondert ausgewiesenen wirtschaftlichen Betriebe haben durch die städtischen Zuschüsse ein ausgeglichenes Ausgaben- und Einnahmenvolumen von ca. 10,3 Millionen Euro.

Die Verschuldung der Stadt beläuft sich derzeit auf 66 Millionen Euro. Es entstehen in diesem Jahr alleine Zinszahlungen in Höhe von ca. 3 Millionen Euro, das sind täglich 8.200 Euro Ausgaben nur für Zinsen.

Die Stadt hat seit zehn Monaten einen sozialdemokratischen Bürgermeister, der sich bislang auf eine knappe Mehrheit aus SPD (12), Bürger für Gelnhausen (5) und FDP (2) stützen kann. In der Opposition sind CDU (16), die die letzten dreißig Jahre allein regierte und neuerdings DIE LINKE (2), die auch ein Magistratsmitglied stellt.

Die Linke Gelnhausen stellt nach Durchsicht und Beratung des Zahlenwerkes fest, dass im **Ausgabenbereich** keine Positionen und Summen enthalten sind, die abzulehnen wären. Die Bürgerinnen und Bürger sind auf eine leistungsfähige Stadtverwaltung, ein sozial, kulturell, ökologisch und wirtschaftlich wirksames Dienstleistungsangebot und insbesondere der wirtschaftlich schwächere Teil der Einwohnerschaft auf Hilfen zur Daseinsvorsorge angewiesen. Dazu ist der Haushaltsplan nach unserer Einschätzung dem Grunde nach geeignet.

Wie bereits bei den Beratungen des Haushaltsplanes 2007 dargestellt, besteht allerdings ein **eklatantes Einnahmeproblem**. Nachdem auf Bundesebene zunächst von rot – grün und nun auch von schwarz – rot erhebliche Einnahmeeinbußen für die arbeitende – wie auch für die am Erwerbsleben nicht beteiligte – Bevölkerung sowie eine Umverteilung des Geldes von unten nach oben verursacht wurden und analog dazu auch die Kommunen als letztes Glied der Kette ebenso davon betroffen war, griff nun in diesem Jahr eine Unternehmenssteuerreform in die Gestaltungsmöglichkeit der Städte und Gemeinden ein. Dies brachte allein dem Land Hessen 600 Millionen Euro Mindereinnahmen und den Hessischen Kommunen 200 Millionen Verluste. Die Anteile dieser Summe ließen unsere Stadt und unseren Kreis alle Aufgaben bewältigen – hätten wir sie denn. Wenn nun von den Vertretern der Fraktionen dieser Umstand bedauert wird, sollte man sich an die eigene Nase fassen und dazu stehen, dass es die eigene Partei ist, die dies durch ihre Gesetzgebung im Bund verursachte.

Zur Einnahmeverbesserung hatten wir angeregt, bei den **Gewerbesteuern** den Hebesatz auf das laut Bund der Steuerzahler Hessen für Städte über zwanzigtausend Einwohner mittlere Maß von 345 Punkten anzuheben, um die anstehenden Aufgaben lösen zu können. Hier sind unter anderem die Investitionsprogramme der städtischen Hallen, der Hochwasserschutz, die Kindergartenförderung und der Erhalt der Stadtbuslinien zu sozialen Bedingungen zu nennen. Der Haupt- und Finanzausschuss schloss sich dem nicht an, Hauptargument war die Konkurrenzsituation mit den benachbarten Kommunen und damit verbundener Drohungen von Sitzverlagerungen von Betrieben ins Umland, sollte Gelnhausen die Hebesätze erhöhen. (Hierzu muss man wissen, dass von den 1.800 Gewerbescheininhabern nur ca. 300 überhaupt nennenswerte Gewerbesteuern zahlen, die 50 größten davon alleine 80 Prozent der Gesamtsumme. Der allergrößte Teil der Personengesellschaften ist wegen der Freibeträge nicht steuerpflichtig.)

Es kann aber nicht sein, dass der Zustand des kommunalen **Steuerdumpings** tatenlos hingenommen wird, statt regional einen Ausgleich zu suchen **und** vom Gesetzgeber hier Regelungen zu fordern, der die Städte handlungsfähig statt erpressbar macht.

Ein weiteres Problem für unsere Zustimmung zum Haushalt sehen wir in der vom Magistrat wie schicksalhaft hingenommenen exorbitanten **Kostenerhöhungen bei städtischen Investitionen**. Dazu möchte ich folgendes Beispiel anführen: Vor gut zwei Monaten mussten im Haupt- und Finanzausschuss von allen Fraktionen die horrenden Kostenerhöhungen des Höchster Dorfgemeinschaftshauses kritisiert werden. – Wir stellen diese Baumaßnahme ausdrücklich nicht in Frage! – Der diesjährige Haushalt weist hier aber eine weitere halbe Million Finanzbedarf über den Kostenvoranschlag hinaus aus. In meiner Heimatzeitung wurde am Tage nach der Sitzung korrekt über den Unmut der Stadtverordneten zur Kostenexplosion berichtet. Einen Tag später ruderte der Vorsitzende des „Baubegleitausschusses“ in der Presse zurück und lamentierte: „Alles nicht vorhersehbar, unglückliche Umstände ...“ usw. Unserem Bürgermeister reichte dies noch nicht und er schob einen Tag später noch eine Pressemitteilung nach und ergänzte diese bedauerliche Entwicklung mit der Feststellung: „Schuldzuweisungen helfen hier niemand“.

Wirklich nicht? Wenn wir Schulden machen - und wir stehen bei verantwortlicher Ausführung unserer Beschlüsse auch zu Kreditaufnahmen, die dem Gemeinwesen dienen und bezahlbar sind – müssen wir uns darauf verlassen können, dass Ursachen der Fehlkalkulationen ermittelt und eventuelle Verantwortliche auch zur Rechenschaft gezogen werden.

Dieses Problem ist ja ein bundesweit diskutiertes Thema, das ZDF-Magazin **Frontal 21** widmete ihm am 29. 9. 2007 eine Sendung und fragte: „Sind die Planer zu blöd, die Politiker zu skrupellos oder die Bauausführenden zu geldgierig?“, wenn es zu solchen Kostenexplosionen kommt.

Bei der ersten Anforderung überplanmäßiger Ausgaben für das genannte Objekt noch unter dem Altbürgermeister stellte ich die hypothetische Frage, ob hier bewusst zu niedrige Kostenvoranschläge zur besseren öffentlichen Durchsetzbarkeit vorgelegt worden seien. Ein leitender Mitarbeiter der Verwaltung fühlte sich hier angesprochen und kündigte mir einige Tage später eine Verleumdungsklage an.

- Passiert ist übrigens nichts. -

Kein Geringerer als der Berliner Regierende Bürgermeister Wowereit machte aber in der besagten Frontal-Sendung bei einem ähnlichen Vorgang die Feststellung: „Mein Eindruck war, dass die Kosten zu niedrig angesetzt wurden, um im Parlament Zustimmung zu erhalten.“ Sein Münchner Kollege Uhde setzte in der gleichen Sendung noch eins drauf und sagte mit dem Anspruch auf Allgemeingültigkeit: „Bei politisch strittigen Maßnahmen wird am Anfang ein Lockvogelpreis mit optimistischen Kostenschätzungen vorgelegt, um die Öffentlichkeit zu überrumpeln.“

Ich behaupte zur Zeit nicht, dass es in unserer Stadt genauso zugeht. Aber eine Zeit für Persilscheine, vorauseilender Freisprüche, sehen wir ebenso wenig. Die Linke wird daher nach § 50 Abs. 2 der Hessischen Gemeindeordnung einen Antrag auf Einrichtung eines **Akteneinsichtsausschusses** stellen. Wir hoffen, damit die aus unserer Sicht fehlende Klarheit zu gewinnen und insbesondere auch Dinge besprechen zu können, die wegen der Verschwiegenheitspflicht des Baubegleitausschusses sonst nicht offen diskutiert werden könnten.

Dann sehen wir noch zwei weitere Ungereimtheiten im Haushaltsplan, die eher nach einer kosmetischen Behandlung der Haushaltsdaten als nach einem zustimmungsfähigen Zahlenwerk aussehen :

Die **Personalkosten** wurden im Ansatz nur um 2 Prozent erhöht, indes bieten die öffentlichen Arbeitgeber in den laufenden Tarifverhandlungen bereits 5 Prozent an, was sicher noch nicht das Abschlussergebnis sein wird. Außerdem sind die 2008 anstehenden Leistungslohneinstufungen noch nicht erfasst.

Weiterhin wird eine **fiktive Einnahme** aus einem Prozess um das Dach der Hailerer Jahnhalle in Höhe von **650.000 Euro** eingesetzt. Der Prozess ist aber noch am laufen und weder Summe noch Zeitpunkt des Prozessausganges sind derzeit absehbar! (Außerdem wäre ja wohl auch die Frage zu stellen, ob man seine Prozessaussichten nicht dadurch nachhaltig einschränkt, indem man sich vorab schon auf eine solche Summe festlegt. Geben wir da dem gegnerische Anwalt nicht das Argument: "Die wollen ja gar nicht mehr", obwohl sich die Kosten schon um eine Million bewegen)

Gelnhausen, 20. 2. 2008

Herbert Vetter, Fraktionsvorsitzender